

Verleger: Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H. Berlin 1, Nikolaistraße 49/50.

Verleger: Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H. Berlin 1, Nikolaistraße 49/50.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Belegpreis: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Nachträger oder durch die Post: monatlich 2,50 RM, vierteljährlich 7,50 RM, fest im Jahr.

Verlagsdruck: Nr. 28886 „Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H., Berlin“

Belegpreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 0,90 RM, außerhalb 1,00 RM. Subskriptionspreis: Vierteljährlich 7,50 RM, halbjährlich 14,00 RM, jährlich 28,00 RM. Postums: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung über deren Raum 1,00 RM, außerhalb 1,10 RM.

## Proletarier schützt Sowjet-Rußland!

Die Offensive der Polen scheint zu erlahmen. Der wüsthafte Widerstand wird zäher, sodass mit einer Wendung der Dinge auf dieser Front des Kriegsschauplatzes zu rechnen ist. Die Verhandlungen in Minsk sind, wie gemeldet wird, resultatlos abgebrochen worden. Das war zu erwarten und ist kein Unglück, im Gegenteil. Nur die Vernichtung des weißen Polens kann der Zweck des Feldzuges sein. Die Augenblicks-Erfolge der Polen haben Lloyd George in einen antibolschewistischen Kaufschilling versetzt. Er sieht jetzt auf dem Standpunkt, die Räteregierung nicht anzuerkennen und nicht mit ihr zu verhandeln „im Interesse der Zivilisation“. Auch Herr Giolitti, als Vertreter der italienischen Bourgeoisie, mimt den kulturverteidigenden Antibolschewisten. Er hat sich den Standpunkt von Lloyd George zu eigen gemacht. Die Gefahr des direkten militärischen Eingreifens der Entente und der Weltbourgeoisie überhaupt wird immer größer. Die „Siege“ der Polen haben die Köpfe des imperialistischen Gefühls aller Länder verhärtet gemacht. Man glaubt, die günstige Gelegenheit vor sich zu haben, Räterußland blutige Streiche auszuheilen zu können. Auch die deutsche Bourgeoisie macht wieder läppig in Antibolschewismus. Die Zeitungen enthalten Schauerberichte über die Zustände in Rußland usw.; man kennt ja den Text, die antibolschewistische Liga liefert alles, Geld für Verbreiten aller Art (also auch die Fabrikation von Lügen über Rußland) ist genug vorhanden.

Das Weltproletariat hat die Pflicht, erhöhte Wachsamkeit zu üben. Der Einmarsch der Weltbourgeoisie gegen Sowjetrußland muß das Weltproletariat zum Sturm gegen das internationale Gefindel der Ausbeutung und Unterdrückung treiben. Fällt Räterußland, dann hat die Arbeiterbewegung der Welt einen schweren Schlag erlitten. Das darf nicht sein. Und so erfülle das Weltproletariat seine verdamnte Solidaritätspflicht für Sowjetrußland!

Nach Meldungen aus Paris hat Frankreich neue umfangreiche Munitionstransporte über Ungarn nach Polen abgeschickt. Wie es heißt, sollen auch nach Danzig auf zwei Kriegsschiffen große Munitionstransporte abgegangen sein, die dort durch die Besatzung der Kriegsschiffe ausgeladen werden sollen, um Zusammenstöße mit der Danziger Arbeiterschaft zu vermeiden. Auch diese Munitionstransporte sind für Polen bestimmt. Weitere Transporte an Tanks, Flugzeugen und Automobilen sollen in den nächsten Tagen ebenfalls über Ungarn nach Polen abgehen.

Nach einer „Havas“-Meldung aus Kattowitz hat der amerikanische Dampfer „Northpines“ in Saloniki Munition für Polen geladen. Er ist am 17. August unter polnischem Kommando nach Danzig in See gegangen.

Der „Daily Mail“ wird aus Cherbourg berichtet, daß zehn englische Dampfer dort erwartet werden. Sie sollen Ladung nach Danzig bringen.

### Ultimatum an Sowjetrußland.

Der russischen Delegation in London (Kamenev und Krassin) wurde im Namen des englischen Minister-

präsidenten ein Ultimatum gestellt, bis Freitag zu antworten, ob die Russen weiterhin für ihre ursprünglichen Friedensbedingungen für Polen eintreten oder nicht. Sollte es der Fall sein, so würde England alle Beziehungen mit Sowjetrußland abbrechen. — England geht also mit dem fanatisch antibolschewistischen Frankreich Hand in Hand.

### Oberschlesien.

Die Ruhe ist noch nicht wieder hergestellt. Die Bürgerpresse wirft immer neue Lügen in die Öffentlichkeit, um die nationalistische Suppe zu locken. Da besetzen polnische Insurgenten in Verbindung mit regulärem polnischem Militär einen Strich Oberschlesiens nach dem andern, da verüben sie entsetzliche Greuelthaten an der deutschen Bevölkerung, während die Deutschen selbst in jeder Hinsicht unschuldig sind und nur immerfort um Hilfe rufen. Wenn man der Bürgerpresse glauben soll, ist bald ganz Oberschlesien in bewaffneter polnischer Hand, und die Polen zur Reizung zu bringen. Man kennt die infamen Lügen der Bürgerpresse aus der Zeit des Weltkrieges und aus der Propaganda gegen die internationale Arbeiterbewegung. Man hüte sich also, auf ihre üblen Heißsprieger in der ober-schlesischen Sache hereinzufallen. Die deutsche Arbeiterschaft in Oberschlesien und im Reich darf keine Gemeinschaft mit der Bourgeoisie machen. Nur wenn jetzt die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien zur Selbsthilfe gegen die Polen schreiten will, so dürfen sich deutsche Proletarier mit deutschen Bourgeois keinesfalls verbündern — gegen die Polen. Es hat auch nicht die geringste Arbeitgemeinschaft zwischen Proletariern und Bourgeois zu geben. Das ober-schlesische Proletariat, ob deutsch oder polnisch, verbrüdere sich, zeritere den Nationalismus und wende sich gegen den einzigen wirklichen Feind: die ober-schlesische Bourgeoisie; gleichgültig, ob sie in deutschem oder polnischem Nationalismus macht.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

### Die Entwaffnung.

Die Bestimmungen über die Durchführung der Entwaffnung sind festgesetzt. (Wir werden sie in Kürze veröffentlichten.) Fritz Ebert erläßt einen Aufruf an sein Volk, worin er zur Waffenabgabe auffordert und auf die strengen Strafen aufmerksam macht, die diejenigen treffen soll, die der Aufforderung zur Waffenablieferung nicht nachkommen. Kein Konterrevolutionär wird sich aber durch die Mäxchen der Peters und Ebert ins Wackelhorn jagen lassen. Die Herrscher werden sich hüten, ihre Arsenale abzugeben — und kein Staatsanwalt wird ihnen ein Leid antun. — Die Reichsregierung hat erklärt, daß auch die Orgesch die Waffen abzuliefern habe. Sie wird sich hüten.

### Aha!

Meldung: Der Reichshärrat hat an den Reichsminister des Innern in Sachen Orgesch folgende Rundgebung gerichtet: Der Reichshärrat tut die Reichsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die Angelegenheit der

Organisation Escherich nicht zu parteipolitischen Machenschaften ausgebeutet und das Recht des deutschen Staatsbürgers auf den in heutiger Zeit mehr den je erforderlichen Selbstschutz soweit er auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung steht, nicht geschmälert wird.

### Verbrecher-Laten.

Zu Stuttgart, Schönebeck a. d. Elbe und Halle verübten Leute, die sich als Kommunisten ausgaben und nichts weiter als verbrecherische Lockspindel sind, allerhand Unthaten. Arbeiter hüet Euch!

### Bravo!

Aus Essen wird gemeldet: Die Belegschaft der Schachtanlage „Amalia“ hat beschlossen, weitere Ueber-schüssen zum Zwecke der Leistung von 2 Millionen Tonnen an die Entente nicht mehr zu verschaffen, weil sie nicht gewillt ist, die Ausbeutung durch das internationale Kapital noch verschärfen zu lassen. Der Frage der Ueberarbeit soll erst wieder nähergetreten werden, wenn den bekannten Forderungen der Bergleute: Besserung der Ernährung, volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Sozialisierung des Bergbaues, nachgekommen sein wird.

Die Bergarbeiterverbände haben die Lohnstarke im Ruhrbergbau gekündigt. Sie fordern eine Lohnstarke von 6 Mark pro Schicht für Untertagarbeiter und 60 Pf. für die Stunde für Ueber-tagarbeiter. Auch die Angestelltenorganisationen haben den Lohnstarke zum 31. August gekündigt.

### Der Rechtssozialist Parvus als Multimillionär.

Aus zuverlässiger Quelle wird über Parvus-Selphand berichtet, daß er keine einjährige Wohnverlaubnis in der Schweiz (mit Willensbesitz) auf der Grundlage einer Versteuerung von 30 Millionen Franken Vermögen erhielt. Er hatte aber davon auf der Grundlage von 60 Millionen Vermögen wegen Erwerbs des Schweizer Bürgerrechtes verhandelt, so daß sich das Doppelte seines Vermögens herausstellte. Parvus-Selphand wurde ausgewiesen und mußte die Schweiz verlassen.

### Rundgebung der elsass-lothringischen Arbeiterschaft.

Die elsass-lothringische Arbeiterschaft protestierte in einer Reihe von Versammlungen, die in den größeren Orten des Landes stattfanden, energisch gegen den Krieg. In der Versammlung in Metz nahmen 2000 Personen teil. In Haguenau nahm die Polizei Verhaftungen unter der Teilnahme an der Rundgebung vor. Infolgedessen herrscht unter der Arbeiterschaft größte Erregung. In verschiedenen Versammlungen wurde beschlossen, in den Generalstreik zu treten, wenn die Verhafteten nicht freigelassen würden. Die Kruppen wurden daraufhin verdoppelt.

### Kommunistischer Wahlsieg in Serbien.

Bei den Gemeindevahlen in Belgrad siegten die Kommunisten. Sie erhielten 3526 Stimmen und damit 30 Sitze in der Stadtvertretung. Der Bürgermeister der Stadt Belgrad muß deshalb der kommunistischen Partei entnommen werden. In ganz Serbien außer Belgrad ist das Ergebnis ähnlich. Außer Belgrad haben die Kommunisten in sieben weiteren Städten die Mehrheit erhalten. Die bisherige Regierungspartei erlitt eine schwere Niederlage.

## Die kommende Weltwirtschaft. \*)

Von Dr. Alfons Goldschmidt.

Die unerschöpflichen Wirtschaftskolonien Sowjetrußlands sind keine Kardinalschwierigkeiten. Ich kenne diese Schwierigkeiten. Ich weiß, daß im Donzgebiet Arbeitermangel herrscht, daß man die greifbaren 8 Milliarden Rubel Getreide (hauptsächlich) noch nicht verteilen kann, daß noch immer Erntebestände aus dem Jahre 1912 lagern, daß noch immer riesige Fleischmengen verfaulen, Fleischmengen und Mengen anderer notwendiger Lebensmittel. Ich weiß, daß das Gebiet von Saratow zwar lebensmittelreich, aber arbeitsarm ist. Ich weiß, daß die Zeitungen nicht nur unter Papierknappheit, sondern auch unter Arbeitsknappheit zu leiden haben. Ich weiß, daß auch heute erst ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung im sozialistischen Sinne arbeitet, daß die qualifizierte, sozialistisch arbeitende Bevölkerung vielleicht nicht

mehr als eine Million beträgt. Vielleicht mehr, vielleicht weniger. Ich kenne die Brennmaterialnot, die Coannote, die Verteilungsnot, die Ernährungsnot. Ich weiß, daß Moskau und Petersburg, daß noch andere Städte wie Kasan am Lande laugen. Ich weiß, daß Arbeiter hungern und daß sie auf ihren Wagen zeigen, wenn man sie zur Arbeit auffordert. Das alles weiß ich. Ich weiß von der latenten und offenen Sabotage, von dem Versagen der Sabotagebekämpfung, der militärischen Disziplinierung der Arbeit. Ich weiß von der Instanzenschwäche. Ich weiß, daß viele Sowjetarbeiter erst in 2-3 Jahren nach intensiver Arbeit Früchte tragen werden. Ich weiß, daß der Bauer noch kein Idealkommunist ist, daß er den Sowjetismus mehr als Selbstbestimmung denn als zunächst notwendige Restriktion begreift. Ich weiß, daß der Bauer der Ukraine „Anarchozustand“ ist und mit schmierigamer Taktik, ohne zentralistische Disziplin behandelt werden muß. Ich weiß, daß auch in gewissen Gegenden Rußlands noch immer ein schwerer Kampf des Landes gegen die Stadt wütet, daß dort an einen Ausgleich

noch nicht zu denken ist. Ich kenne die Diebstähle, die Betrügereien, die Raubverhaftungen, die Schlägerien, ich kenne die Unzufriedenheiten, Schmutzereien, Anarchistisches, verfeinertes Schmelzgerate, Verträge, die Organisation, alles das kenne ich. Aber obwohl ich das alles kenne, ergreife ich nicht an Rußland. Denn ich kenne die Organisation. Europa hat immer viel gewonnen von der Organisationsgewalt gemacht. Deutschland insbesondere. Deshalb will man diese Gewalt nicht für Rußland anerkennen? Man wird sie anerkennen müssen. Man möchte sie aber erkennen. Da man sie nicht mehr verhindern kann, sucht man nach Lücken, nach Durchbruchsmöglichkeiten. Rußland möchte beispielsweise mit den russischen Kommunisten und nicht mit der Außenhandelszentrale Handel treiben. Es wird ihm nicht gelingen. Aber deswegen nicht weilen auch die Kommunisten in die Organisationsgewalt hineingebaut sind, welche kollektiv alles oben mündet. Je man die russische Wirtschaft aufbaut, um sie organisiert zum Ganzen hin organisiert. Wo man sie aufbaut, wo

\*) Aus dem Schlußkapitel des bekanntlich bei Ernst Kossowski Verlag erschienenen Buches von Gewissen Alfons Goldschmidt: „Die Wirtschaftskolonien Sowjet-Rußlands“.

man ein Stück des Systems. Es gibt kein unten und kein oben mehr, es gibt keine Organisation mehr, mit der man die Gesamtorganisation vernichten oder privatwirtschaftlich versehen könnte. Derartige Gebilde sind nicht mehr vorhanden.

Der russische Außenhandel wird sozialistisch organisiert. Er bezieht von den Privatwirtschaften und liefert an die Privatwirtschaften, aber die Privatwirtschaften sind nicht imstande, ihr Wesen in die sozialistische Wirtschaft einzuschleppen. Wie wollte man denn die Organisation beseitigen? Wollte man an ihre Spitze einen Worgan stellen, mit dessen Gebirgssteine man vielleicht tausend Milliarden Rubel in „gangbares“ Währungsgebiel verwandeln würde? Wollte man die Organisation einfach auflösen und damit die Wirtschaft der Anordnung und dem neuen Glanz überliefern? Wollte man die Organisation mit Privatwirtschaftskomplexen, mit Produktionszellen durchsetzen, um sie von innen zu zermürben? Wenn man das alles wollte, man könnte es nicht erreichen, da ein ganzes Volk dagegen aufstehen würde. Da ein ganzes großes Volk ohne diese Organisation nicht mehr leben kann, weil diese Organisation schon die Existenz des einzelnen verbürgt wenn auch noch keine Glückseligkeit. Da diese Organisation in sich so ausgeregelt, so verneht, da sie aus sich schon so gewaltig, so saugend ist, daß man sie nicht mehr beseitigen kann. Wie will der Kapitalismus eine Organisation vernichten, die doch nichts anderes ist als sozusagen seine eigene Ueberbietung, und die damit stärker ist als er. Gegenüber einer solchen Gesamtorganisation, einer solchen Organisation des ganzen großen Landes, sind ja die Teilorganisationen der europäischen Privatwirtschaft schwach und schwach.

Berfolgt doch den Fortgang, die Ausregelung der sowjetrussischen Wirtschaftsorganisation. Jetzt nach in diesem Buche, wie das Produktionsbudget gewachsen ist, wie das Anschlagbudget das Endbudget verdrängt, wie somit die Zukunft sichtbar wird, die zukünftigen Wirtschaftsnotwendigkeiten. Berücksichtigt, daß der erste Organisationsentwurf des Obersten Volkswirtschaftsrats nur 14,8 Milliarden Rubel ansah, der dritte schon 200 Millionen Rubel nur für Beamtengehälter, der vierte beinahe 670 Millionen Rubel für Beamtengehälter. Das ist trotz Geldentwertung, trotz Kaufkraftminderung eine ungeheure Zunahme, und zwar nicht so sehr eine Kostenzunahme, wie eine Interzessenzunahme. Wie will ihr die Millionen beschäftigen, die jetzt von der sozialistischen Verwaltung beschäftigt werden? Was will ihr den Millionen der Arbeitslosen bieten, die vor eurer Privatwirtschaft hungern würden und die die Sowjetwirtschaft nicht mehr kennt? Wollt ihr den Arbeitslosen wieder nach Rußland bringen, damit ihr die Bauern losschlaget? Wollt ihr wieder Steuern einführen, Kosti, die jetzt abgeschafft sind, hohe Eisenbahnfrachtkosten? Wollt ihr etwa wieder einen geldwirtschaftlichen Staat? Wie wollt ihr das eigentlich machen? Laßt euch gesagt sein. Es ist nicht zu machen, es ist völlig ausgeschlossen. Ihr seid, England eingeschlossen, Amerika eingeschlossen, schwach gegen dieses Gebilde. Die sowjetrussische Wirtschaftsorganisation ist heute, obwohl sie noch zum Teil zerläuft, die stärkste Großmacht der Welt.

Mit dem Schwert könnt ihr sie nicht niederzulegen. Damit wollt ihr sie niederlegen? Etwas mit der liberalen, der privatwirtschaftlichen Rentabilitätsidee, mit der sogenannten Privatinitiative, die unendlich viel schädlicher und erfolgloser ist als die Kraft, die Herabholkraft, die Heranzugkraft, die Marktgleichgewichtskraft eines sozialistischen Staates, einer gesamtsozialistischen Organisation. Was ist etwa der amerikanische Petroleumkraft gegen den Obersten Volkswirtschaftsrat oder auch nur gegen die Metallabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats? Er ist nicht leicht produktionsangefüllter, aber er ist organisationsmächtiger, da er in der geldwirtschaftlichen Konkurrenz steht, da ihm nicht alles gehört, was er haben möchte, da er hauptsächlich arbeiten muß in der Privatwirtschaftsform und nicht freischwebend arbeiten kann wie die kapitalistische Organisation. Denn der wirtschaftliche Sowjetorganisation gehört alles im Lande. Dieser Organismus, bestimmt vom Proletariat, kann sich nichts entziehen. Wird Koffi gefunden, so wird Koffi aus der Erde geholt. Wird Kapsis gefunden, so wird Kapsis aus der Erde geholt. Was gefunden wird, aus herangezogen werden, was noch nicht gefunden ist, kann

gesucht werden. Es gibt nichts Vorhandenes, das der sozialistischen Wirtschaftsorganisation nicht erreichbar wäre. Die Exploitationsmöglichkeiten sind im Vergleich zu der privatwirtschaftlichen Aufschiebungsmöglichkeit unendlich. Sie sind unabsehbar.

### Die Arbeiter haben kein Vaterland.

Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Zudem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erhebt, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden lassen. Vereinzelt Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.

(Aus dem kommunistischen Manifest von Marx und Engels)

## Rede Lenins in der ersten Sitzung des 2. Kongresses der 3. Internationale.

(Fortsetzung.)

Das ist ein Fehler. Absolut ausichtslose Lagen gibt es nicht. Die Bourgeoisie benimmt sich wie ein frecher Räuber, der seinen Kopf verloren hat, sie macht eine Dummheit nach der andern, verschärft die Lage und beschleunigt den eigenen Untergang. Das ist alles richtig. Aber man kann nicht „beweisen“, daß es absolut keine Möglichkeit gäbe, daß es ihr nicht gelingen könnte, eine bestimmte Zahl von Ausgebeuteten durch Konzessionen wieder zu beruhigen, oder daß es ihr nicht möglich wäre, eine Bewegung oder einen Ausbruch eines bestimmten Teiles der Unterdrückten und Ausgebeuteten im Keime zu ersticken. Die „absolute“ Ausweglosigkeit „nachweisen“ wollen, wäre eine leere Pedanterie oder ein Spiel mit Begriffen und Worten. Den wirklichen Beweis für diese und ähnliche Fragen kann nur die Praxis ergeben. Die bürgerliche Gesellschaft der ganzen Welt macht augenblicklich eine revolutionäre Krise durch. Jetzt muß durch die Praxis der revolutionären Parteien „bewiesen“ werden, daß sie klassenbewußt, organisiert, entschlossen genug sind, daß sie innig genug mit den ausgebeuteten Massen in Verbindung stehen, um diese Kräfte für eine erfolgreiche und siegreiche Revolution auszunutzen.

Um diese „Beweise“ vorzubereiten, haben wir uns hauptsächlich auf diesen Kongreß der kommunistischen Internationale zugewandt.

Als Beispiel dessen, wie sehr unter den Parteien, die sich der 3. Internationale anschließen wollen, noch D y p o t i s m u s herrscht, wie weit entfernt noch die Arbeit verschiedener Parteien von der Vorbereitung der revolutionären Krise ist, will ich den Führer der englischen „Independent Labour Party“, Ramsay MacDonald, zitieren. In seinem Buch: „Parlament und Revolution“, das gerade denselben grundlegenden Fragen gewidmet ist, die jetzt auch aus beschäftigen, schildert MacDonald die Sachlage ungefähr im Sinne der bürgerlichen Pazifisten. Er anerkennt, daß die revolutionäre Krise vorhanden ist, daß die revolutionäre Stimmung stets wächst, daß die Arbeitermassen der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats mit Sympathie gegenüberstehen (in England), daß die Diktatur des Proletariats besser sei, als die jetzige Diktatur der englischen Bourgeoisie.

Aber MacDonald bleibt ein durch und durch bürgerlicher Pazifist und Kompromißler, ein Kleinbürger, der von einer Regierung, die keine Klassenregierung sei, träumt. MacDonald anerkennt den Klassenkampf nur als „ausgesprochene

Latsache“, ebenso wie alle Lügner, Sophisten und Bedanten der Bourgeoisie. MacDonald übergeht mit Schweigen die Erfahrung mit Kerenski, den Menschewiki und Sozialrevolutionären in Rußland, die ähnlichen Erfahrungen in Ungarn, Deutschland usw. MacDonald beruhigt seine Partei und diejenigen Arbeiter, die das Unglück haben, in diesem Bourgeois einen Sozialisten und in diesem Philister einen Führer zu sehen, mit den Worten: „Wir wissen, daß sie (d. h. die revolutionäre Krise, die revolutionäre Bewegung) wieder vergehen wird, daß alles wieder in Ordnung kommt.“ Der Krieg mußte eine Krise hervorrufen, aber nach dem Krieg wird alles, wenn auch nicht auf einmal, „wieder in Ordnung kommen.“

Und das schreibt ein Mensch, der Führer einer Partei ist, die sich der 3. Internationale anschließen will. Wir haben es hier mit einem seiner Offenheit nach seltenen und um so wertvolleren Bekenntnis dessen zu tun, was sich oft in den obersten Schichten der französischen-sozialistischen und der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bemerkbar macht. Nicht nur das Verständnis, sondern auch der Wille, die revolutionäre Krise in revolutionärem Sinne auszunutzen, fehlt, oder, mit anderen Worten, es fehlen das Verständnis und der Wille, eine wirklich revolutionäre Arbeit in der Partei und in der Arbeiterklasse zur Vorbereitung der Diktatur des Proletariats zu entfalten.

Das ist das Grundübel sehr vieler Parteien, die jetzt aus der 2. Internationale ausgestiegen sind. Und darum habe ich in den Thesen, die ich diesem Kongreß vorgeschlagen habe, der möglichst konkreten und genauen Formulierung der Aufgaben der Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus der Internationale

### Sozialistenverfolgung in Amerika.

In Amerika feiert die Sozialistenverfolgung wahre Orgien. Sozialistische Abgeordnete werden aus den Parlamenten ausgeschlossen, Arbeiterführer wegen ihrer sozialistischen Betätigung in die Gefängnisse geworfen. Neuerdings wurde sogar ein vermöglicher Sozialist auf Befehl der Washingtoner Regierung verhaftet und bald darauf zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, nur weil er einem kommunistischen Blatte finanzielle Unterstützung hatte zuteil werden lassen. Darin wurde eine Verschwörung zum Sturze der Regierung erblickt.

Die Londoner „Morningpost“ veröffentlicht eine interessante Korrespondenz aus Washington, die folgende Angaben über den Bolschewismus in Amerika enthält:

„Zwischen den Zeilen der amerikanischen Note an Italien kann man die Furcht vor der Ausbreitung des Bolschewismus in den Vereinigten Staaten lesen und die Besorgnis der offiziellen Kreise, ob England, Frankreich und Italien der roten Gefahr, die ganz Europa bedroht, auch die nötige Sorgfalt zuwenden.“ Die Zeitungen und Politiker geben zu, daß in Amerika die radikale Agitation sich immer mehr ausdehnt. Offizielle Kreise sind der Ansicht, daß in Amerika eine bolschewistische Strömung besteht, die mit der Machterhaltung des Bolschewismus in Europa wachsen wird.“

## Republik Deutschland

### Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

I.

Auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin fand die Eisenbahnarbeiter wieder großen Waffenschiedungen auf die Spur gekommen. Es wurden vier Gestelle angehalten, die angeblich Blechwaren enthalten sollten. Der tatsächliche Inhalt waren Stahlhelme. Absonder der Gestelle: Die Reichszentrale der Einwohnerwehr. Empfänger: Kreisrat Königsdorf, Landratsamt Preußisch-Holland. Weiter wurden angehalten acht Rifen und vier Gestelle, die als Feuerlöschgerät deklariert waren, aber Junkergerät enthielten. Die Gegenstände waren

### K. Lenin.

## Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Schripp.

(13. Fortsetzung.)

Die „Kommunale Spinn“ hat sich seitdem und länger als erwartet, wie jetzt alle Arbeiterlichen Demokratien erwarten, die den Kampf der Klassen sehen und darum nicht zweigeln, sie stehen zu verdingen, zugleich aber die Macht der Arbeiter und der Arbeiter Parteien stärken.

Der Widerstand der Kapitalisten zu stärken und zugleich sich Revolutionäre zu nennen. Sozialist kein zu werden — welche Schande! Welche Demoralisierung war, durch den Opportunismus, damit demütig Stimmen erhoben konnten!

Die Widerstandskraft der Kapitalisten haben wir gesehen, das ganze Volk hat es gesehen. Denn die Kapitalisten sind bewußter, als die anderen Klassen und haben die Bedeutung der Sowjets sofort begriffen. Sie haben alle ihre Kräfte bis zum äußersten angestrengt, haben alles in Gang gebracht, die wichtigsten Lager und Verbindungen, Militärposten, um die Sowjets heranzuziehen, zu profitulieren (mit Hilfe der Sowjetmacht und Sowjetorganisationen). Sie sind Schwäche haben zu verstanden und die Arbeiter und Bauern durch unerschütterliche Propaganda und Revolutionsspiel zu erwidern.

Der Widerstandskraft der Proletariat und Arbeiter Bauern dagegen haben wir noch nicht gesehen, denn diese Kraft wird sich erst dann in ihrer ganzen Größe offenbaren, wenn die Macht in den Händen des Proletariats liegen wird, wenn die Organisation des Volkes sich

kapitalistische Sklaverei bedrückten Menschen durch die Zeiten sehen, fühlen werden, daß die Macht im Staate von den unterdrückten Klassen ausgeht wird, daß der Staat den Armen hilft in ihrem Kampfe gegen Gutsbesitzer und Kapitalisten und deren Widerstand bricht. Nur dann wird sich zeigen, welche unerschöpflichen Kräfte noch im Volk schlummern, nur dann wird sich das offenbaren, was Engels eine „herbergenen Sozialismus“ nennt. Auf Jehatanabend der offenen aber verdeckten, durch Aktion oder passiven Widerstand sich zeigenden Feinde der Arbeiterklasse wird dann eine Million neuer Kämpfer entstehen, die jetzt passiv schlafenden, sich in den Händen der Not und Verzweiflung wunden Kämpfer werden erwachen. Die den Klassen werden verlieren haben, daß auch sie Kräfte sind, auch sie ein Recht auf das Leben haben, daß auch ihnen die ganze Macht eines modernen zentralisierten Staates dienen kann, daß man auch die Schakale der proletarischen Miliz mit vollem Vertrauen zur unerschütterlichen, allseitigen Teilnahme an der Arbeit der Staatsverwaltung stellt.

Die Kapitalisten und Gutsbesitzer haben, unter der geringen Hilfe der Herren „Sozialisten“ Plechanow, Dreischowsky, Zeretelli, Tichernoff und Co., alles möglich getan, um die demagogische Republik zu behaupten durch die Schwärze mit den Kräfte so zu behaupten, daß sich des Volkes die Kräfte, Gleichgültigkeit bewahrt. Es ist dem Volk als ganzlich, weil der Hauptgrund nicht die Republik von der Revolution unterscheiden kann, der fürchte, zuzunehmen, abzugeben, für fremde Interessen ausschlaggebende Gebot, ist nicht inbegriffen, die Republik sich zu gewinnen.

Aber wenn der letzte Sozialist, jeder Arbeiter, jede Arbeiter, jeder Arbeiter Partei sich

Zeitungen, sondern mit eigenen Augen sehen wird, daß die proletarische Macht nicht vor dem Reichthum kriecht, dagegen den Armen hilft, daß diese Macht nicht vor revolutionären Maßnahmen zurückweicht, daß sie die überschüssigen Lebensmittel den Hungerkämpfern nimmt und den Darbenenden gibt, daß sie die Obdachlosen zwangsweise in die Wohnungen der Reichen einzieht, daß sie die Reichen zwingt, Milch zu bezahlen, aber ihnen nicht einen Tropfen Milch eher gibt, bis die Kinder aller armen Familien ausreichend damit versorgt sind, wenn sie sehen, daß der Grund und Boden den Arbeitenden gehört, die Fabriken und Banken unter Kontrolle der Arbeiter stehen, daß für Vermögensverchiebung der Millionäre eine sofortige und strenge Bestrafung besteht, wenn die Armen dies alles sehen und fühlen, dann werden keine Mächte der Kapitalisten und Bankerer, keine Mächte des mit Hunderten von Milliarden operierenden internationalen Finanzkapitals die proletarische Revolution unterliegen können, im Gegenteil, sie wird die ganze Welt erobern, weil in allen Ländern der sozialistische Umsturz reift.

Unsere Revolution ist unbestegbar, wenn sie sich nicht vor sich selbst fürchten wird, wenn sie die ganze Fülle der Macht dem Proletariat überträgt, denn hinter uns stehen noch unendlich größere, entwickeltere Kräfte des internationalen Proletariats, die zeitweise durch den Krieg untergehalten, aber nicht vernichtet, sondern im Gegenteil vermehrt sind.

Zu fürchten, daß die Macht der Bolschewiki, d. h. die Macht des Proletariats, dem die unbeschränkte Miliz der Arbeiter Bauernschaft garantiert ist, von den Herren Kapitalisten „hinnweggeführt“ werden kann! Welche Kurzsichtigkeit, welche schändliche Angst! welche Feindschaft!

(Fortsetzung folgt.)

für Stenchen bestimmt. Absender: Berliner Frachtkontor. Empfänger: Internationale Verkehrsanstalt. Zwei weitere Briefe, als Handwerkzeug deklariert, enthielten Antennen.

An diesen Schiebungen kann die Arbeiterschaft wieder erkennen, wie notwendig es ist, den Verkehr genau zu überwachen. Daß es sich bei den Sendungen zum mindesten um Schiebungen für die Konterrevolution handelt, geht zur Genüge aus der falschen Deklaration hervor.

### II.

Aus einem Dorf des Kreises Templin wird der „Welt am Montag“ geschrieben:

In meinem Dorf bestand auch eine Einwohnerwehr, ich war Mitglied. Bekanntlich sind die Wehren aufgehoben. Vor einigen Tagen wurde die Wehr zusammengerufen zu einer Versammlung. Ich dachte, die Waffen sollten abgegeben werden, nun wurde uns aber mitgeteilt, wir könnten der Organisation „Fürsichs Ost“ beitreten, selbige erstreckt sich über ganz Deutschland. Drei Punkte wurden besonders hervorgehoben. 1. Wahrung der Verfassung. 2. Gegen jede Loslösungsbestrebung. 3. Schutz des Eigentums. Führer des Fürsichs wäre ein Forstrat, und die Befehle bekämen wir von der Reichswehr.

Sechs Mann weigerten sich beizutreten, ich natürlich auch. Darauf wurde uns mitgeteilt, wir sollten unsere Waffen dem Fürsichs abgeben.

Der „Forstrat“ ist natürlich der bayerische Forstrat Scherich, der hier als märkischer Fürsichs auftritt.

### III.

Die Insel Borkum ist bekanntlich judenrein: ein ungläublicher Terror hält alle deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens von ihr fern. Dafür ist sie ein Sammelpunkt deutschnational gerichteter Geister, die sich dort von ihren antisemitischen Strapazen erholen. Wie, darüber gibt eine Mitteilung der bürgerlichen „Rhein-Ems-Zitung“ Auskunft, nach der am 17. August schätzungsweise ca. 300 Stück Groß- und Kleinvieh in Emden nach Borkum verladen worden sind, wozu noch von anderen entlegeneren Plätzen Schiffsladungen von Riel kommen. Die Zeitung spricht davon, daß bei einer Gesamtbefahrung und Einwohnerzahl der Insel von etwa 8000 Personen in einer Woche zirka 25—30000 Pfund Fleisch konsumiert worden seien, während zu gleicher Zeit die Industriestadt Emden mit der Lieferung von Vieh, Butter und Eiern im Stich gelassen worden ist.

Die Hakenkreuzler werden bekanntlich nicht müde, dem deutschen Volke vom Schleimer- und Wucherbasein der Juden zu erzählen und ihm zu sagen, wie gut es fahren würde bei Judenpogromen unter deutschnationaler Führung. Die Borkumer Gilde gibt ein praktisches Beispiel, das beweist, wozu die Juden vertrieben und die deutschnationalen Patrioten ans Radler kommen sollen.

### IV.

Der Gymnasialdirektor Geheimrat Dr. Alfred Brzygode vom Mommien-Gymnasium in Charlottenburg hat gemeinsam mit dem Lehrerkollegium als Tag des nächsten allgemeinen Schulausfluges den 2. September, Jahrestag der Schlacht bei Sedan, angelegt. Konnte man noch an einen Zufall glauben, so wurde der letzte Zweifel an der abschließlichen Wahl dieses Tages durch die Mitteilung genommen, die Oberlehrer Walther Schmeje seinen Schülern, einer Untersekunda, machte. Er sagte etwa: „In früheren Jahren war an diesem Tage eine Feier. Wir hielten es für richtig, am 50. Jahrestage der Schlacht bei Sedan den Unterricht ausfallen zu lassen.“

### V.

Durch die bürgerliche Presse geht folgende Notiz aus Gotha, wo durch die letzten Landtagswahlen die bisherige Regierung der U. S. B. durch eine reaktionäre ersetzt wurde: Gotha, 20. August. Der im Februar 1917 von der damals unabhängigen Volksbeauftragten zum Oberschulleiter ernannte frühere Volksschullehrer Jacobi wurde von der jetzigen Landesregierung, in der die U. S. B. nicht vertreten ist, mit Wirkung vom 1. September zur Disposition gestellt und sofort beurlaubt. In der Begründung heißt es, daß zwischen ihm und der der Volkswirtschaft verantwortlichen Landesregierung in Bezug auf die zum Gedeihen des Schulwesens nötigen Maßnahmen ein solcher Unterschied der Anschauungen bestehe, daß ein erprießliches und von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenarbeiten ausgeschlossen erscheine.

Das sind diese netten Leute, die jedesmal das erbärmlichste Geschrei erhoben haben, wenn einer ihrer Landräte einem weniger junkerlich gesinnten Herren Platz machen mußte. Unter der U. S. B. in Gotha hat gerade dieses Landchen ganz neue und sehr verheißungsvolle Wege der Schul- und Bildungsarbeit beschritten, so daß die neu geschaffenen Einrichtungen geradezu Vorbildlich für die gesamte proletarische Bildungsarbeit geworden sind. Genosse Jacobi hatte an diesen Arbeiten einen wesentlichen Anteil. Nun, da die Dunkelmänner aus dem Lande Gotha sozusagen einen einzigen Dummel- und Unbegabplatz der Reaktion gemacht haben, wird seit langem auch diese Bildungsarbeit bewußt sabotiert.

### VI.

Ein Direktionssekretär F. hatte in dem Hause Zehlendorf bei Berlin, Burggrafenstraße 30, von dem Hauswirt H. Kirchner eine möblierte Zweizimmerwohnung mit Küche und Zubehör im Juni 1919 zum Mietpreis von 3000 Mark jährlich gemietet. Da der Wirt keine Villa anderweitig vermitteln wollte, fragte er F. die Wohnung und strengte die Kündigung beim Mietvertragsamt Zehlendorf an, das ihm das Kündigungsrecht erteilte. F. kramte Akte eines Sanitätsrates und des Kreisarztes Teltow-Weß, bei, in denen der Kreisarzt bezeugte, daß Frau F. seit längeren Jahren lungenkrank sei und er es für dringend notwendig halte, daß sie in einer sonnigen Wohnung, möglichst mit Gartenbenutzung, lebe. Trotz dieser ärztlichen Gutachten blieb das Mietvertragsamt auf seinem Standpunkt stehen. F. fand nun in Zehlendorf selbst zwei leerstehende Wohnungen und kam mit dem Hauswirt zu einer Verständigung. Das Mietvertragsamt verweigerte ihm aber die Erlaubnis, in eine

dieser Wohnungen zu ziehen. F. wandte sich an das Ministerium für Volkswohlfahrt, erhielt von diesem aber keine Antwort. Da der Mieter sich nun weigerte, anzuziehen, sperrete ihm der Wirt am 1. Juli Gas, Wasser und die Benutzung des Abortes. Infolgedessen wandte sich der bedrängte Mieter an die Polizei in Zehlendorf, die jedoch erklärte, sie könnte in diesem Fall nicht einschreiten und F. sogar ermittelte F. an seiner Not wandte sich F. an den stellvertretenden Bürgermeister von Zehlendorf, da er keine Mittel besaß, um für seine Familie Unterkunft zu schaffen. Der Bürgermeister wies daraufhin für F., dessen lungenkranke Frau und das zehn Wochen alte Kind eine Arrestzelle im Polizeigefängnis ohne Licht, Wasser oder Kochgelegenheit an. Erst privater Initiative gelang es, der bedrängten Familie anderweitig Unterkunft zu schaffen.

(Die Chronik wird fortgesetzt.)

## Eine Rundgebung der Berliner Betriebsräte.

In einem Manifest der Berliner Betriebsräte heißt es: „Sofortige schleunige Wahl eines Obersten Reichswirtschaftsrates durch den Betriebsrätekongress aller Betriebsräte des Reiches. Dieser hat unter Einwirkung von sachverständigen Sachverständigen, gestützt auf die Wirtschaftsprüfung der einzelnen Industriezweige, Bezirke, sowie der einzelnen Betriebsräte eine Bestandaufnahme aller vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten, Art der Produktion, Produktionskosten, Preise, Absatzarten und Absatzmöglichkeiten, sowie Kapitalbeschaffung schleunigst Erhebungen vorzunehmen. Schließt auf diese umfassende Einsicht in die gegenwärtige Produktionsweise zweckdienliche Rückschlüsse aus, nach denen die bisherige Profitwirtschaft umgestellt werden kann in die Bedarfsdeckungswirtschaft für die Gesamtheit! Nur im innigen Zusammenwirken der Wirtschaftsräte, der Industriezweige untereinander und mit den Guts- und Kleinbauernräten wird die Ursache des gegenwärtigen Elends, die Unfähigkeit der Kapitalisten, die Produktion weiter in Gang zu halten, beseitigt. Gewerkschaften und Genossenschaften gilt es mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen. Die einzelnen Maßnahmen werden sich ergeben, wenn die Arbeiterklasse unter Oberleitung ihrer Räte in ihrer Gesamtheit im unmittelbaren Kampfe vor diese vielfältigen Aufgaben gestellt wird.“

In den Räten, die alle Arbeiter der verschiedensten gewerkschaftlichen und politischen Richtungen umfassen müssen, wird es verhältnismäßig leicht sein, die bislang die Arbeiterklasse spaltenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, wenn sie vor die konkreten Aufgaben gestellt werden, die sie bei Strafe ihres Unterganges schnell lösen müssen.

Die in den verschiedenen Organisationen zerstückelten Arbeiter sind ein Spielball in den Händen der gegenrevolutionären Machthaber. Die in den Räten zusammengefaßte Arbeiterklasse wird alle die Aufgaben lösen, die die zerstückelte Arbeiterklasse nicht lösen kann.

Die versammelten Berliner Betriebsräte fordern die Betriebsräte Deutschlands auf, sich in Antichauung an die vorstehenden Richtlinien gleichfalls zusammenzuschließen und mit ihnen für deren Verwirklichung einzutreten.“

## Referendum gegen den Steuerabzug.

Am Sonntag, den 22. August, fand in Stuttgart eine Landeskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa statt, die sich u. a. mit dem Steuerabzug vom Lohne beschäftigte. Genosse Abgeordneter Düwell hielt ein ausführliches Referat über den gegen das Proletariat gerichteten Charakter der republikanischen Steuererhebung. Nach mehrstündiger, teilweise sehr leidenschaftlicher Debatte, in der sich auch alle rechtssozialistischen Vertreter gegen den Steuerabzug aussprachen, der von ihren Genossen in der Nationalversammlung und im Reichstage als Ausfluß höchster Weisheit mitbeschlossen wurde, gelangte mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution zur Annahme:

Die Landeskonferenz des A. D. G. B. und der Afa für Württemberg und Hohenzollern erklärt, daß der Steuerabzug vom Lohne eine unerträgliche Ausnahmebestimmung gegen alle auf Lohn oder Gehalt Angehörigen darstellt und deshalb beseitigt werden muß. Sie verlangt deshalb von sämtlichen zentralen Instanzen der deutschen Arbeiterbewegung Schritte zur sofortigen Herbeiführung eines Referendums gegen den Steuerabzug und das unsoziale Einkommensteuergesetz. Gleichzeitig erklärt die Konferenz, daß jede Aktion gegen den Steuerabzug nur einheitlich vom gesamten Proletariat geführt werden kann, nicht durch Fraktionen, die zerstückeln und nicht zum Ziele führen können.“

Interessant war die von verschiedenen rechtssozialistischen Gewerkschaftsfunktionären abgegebene Erklärung, wenn sie und ihre Genossen vor den Reichstagswahlen besser über die Folgen des Steuerabzuges orientiert worden wären, würden sie einer Partei, die für ihn mitverantwortlich sei, nicht ihre Stimme gegeben haben.

In der Frage des Steuerabzuges ist man, wie das württembergische Staatsministerium mitteilt, jetzt entschlossen, den Abzug durchzuführen, eventuell auch mit den härtesten Maßnahmen. Den Arbeitgebern wurde mitgeteilt, daß sie von der Regierung eintretenden Falles Hilfe erhalten und ihre Betriebe vor allen terroristischen Anschlägen geschützt werden sollen.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Immer weiter Betriebsbeschränkungen.

Die A. E. S. Kabelwerk, Oberschönenweide, ist dabei, Betriebsbeschränkungen von gewaltigem Umfange vorzunehmen. Die Entlassung einer großen Zahl von Arbeitern ist bereits erfolgt, weitere Entlassungen sind angekündigt worden. Es ist in Aussicht genommen, daß etwa 5000 Arbeiter zur Entlassung kommen.

Auch in anderen Betrieben der A. E. S., Turbine Hennigsdorf, und in dem Berliner Betriebe in der Dyp-

nerstraße geht man daran, Betriebsbeschränkungen vorzunehmen. Als Grund gibt die Firma an: „Sie könne den Stahl, den sie zu ihrer Fabrikation benötigte, nicht mehr beziehen, da angeblich der Betrieb der Stahlwerke in Rheinland-Westfalen eingestellt sei. Tatsächlich ist diese Begründung unzutreffend, denn die A. E. S. hat große Mengen Stahl, die zur Fabrikation verwendet werden sollten, zumgeschmolzen. Die Firma macht zwar jetzt die Ausflucht, der umgeschmolzene Stahl sei jetzt nicht mehr für Fabrikationszwecke zu verwenden. Es ist aber klar, daß die Firma die wahren Beweggründe der Betriebsbeschränkung zu verheimlichen sucht und bewußte Sabotage der Produktion verübt.“

Die chemische Fabrik Talle u. Cie. wurde wegen Streitigkeiten der Arbeiterschaft mit der Direktion geschlossen. Sämtliche Arbeiter wurden entlassen, die Beamten und Angestellten der Fabrik einstweilen beurlaubt.

Köln. Die Betriebsbeschränkungen in der rheinischen Textilindustrie kommen nachgerade einer gänzlichen Stilllegung gleich. Von den 110 Betrieben des Eifelstädter Bezirkes feiern 45 vollständig, in den übrigen 65 Betrieben ist die Arbeitszeit verkürzt. Ebenso ist in 33 Betrieben des Kölner Bezirkes eine teilweise Stilllegung erfolgt. Schätzungsweise sind zurzeit 70000 Mitglieder des Textilarbeiterverbandes arbeitslos. Zur Steuerung der Arbeitslosigkeit haben die Kölner Textilarbeiter in einer öffentlichen Versammlung eine Entschließung angenommen, in der die zwangsweise Weiterführung der stillgelegten Betriebe durch Staat oder Gemeinde und die Ueberweisung der Lagerverräte an die Gemeinden gefordert wird. Ferner wird eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 200 Prozent verlangt.

### „Plan“-Wirtschaft.

Melbg.: Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags stimmt der Ausfuhr von 25000 Tonnen Stickstoffdünger und der Verschonung dieser Ausfuhr mit der Ausfuhrabgabe zu. Mit dem erzielten Ueberschuß aus der Ausfuhr von Stickstoff soll zunächst eine Stabilisierung der Düngemittelpreise und weiterhin eine Senkung der Preise angestrebt werden, wozu letzteres jedoch für den Herbst als ausgeschlossen gelten kann.

Die deutsche Landwirtschaft braucht nichts so dringend wie Dünger. Ihn aus Deutschland auszuführen, ist geradezu eine Sabotage der Wirtschaft.

### Der deutsche Ausverkauf.

Durch die bürgerliche Presse macht folgende Dresdner Nachricht die Runde:

Dresden, 22. August. Für die argentinische Industrie sind 50 sächsische Wirtsfamilien verpflichtet worden, die nächstens nach Argentinien abreisen werden. Vertreter aus Argentinien und Italien versuchen, aus stillstehenden sächsischen Fabriken Spinnmaschinen, Webstühle und Strickereimaschinen in großem Umfange anzukaufen. Derartige Transporte sind auf der Bahn angehalten worden. Nach Erörterung mit Vertretern von Industrie und Arbeiterschaft hat die sächsische Regierung sich jetzt an die Reichsregierung um Ergreifung energischer Maßnahmen gegen solche Maschinenaufkäufer gewendet.

Die Ergreifung der Maßnahmen wird auf sich warten lassen.

### Der Rückgang des Marktkurses.

Seit einigen Wochen findet wieder eine unangenehme Steigerung der Kurse der fremden Devisen in Berlin bzw. eine Abschwächung der Mark an den fremden Devisenplätzen statt. Den tiefsten Stand nahm die deutsche Währung im laufenden Jahre Ende Februar ein. Seitdem setzte eine ununterbrochene Steigerung ein, die etwa bis Mitte Juli anhält. Seit Ende Juli etwa ist die Mark im dauernden Rückgang begriffen. Die Bewegung des Marktes der ausländischen Devisen an der Berliner Börse geht aus nachfolgender Tabelle hervor:

	1. März	2. Juli	20. August
Amsterdam 100 Gulden	3681,50	1333,—	1643,35
New York 1 Dollar	100,—	87,89	50,07
Paris 100 Franc	1616,78	679,75	834,15

### Der Zusammenbruch der Schuhindustrie.

Die Gewerkschaftszeitung der Schuhmacher schreibt: 31 927 Fabrikarbeiter in Deutschland arbeitslos! 985 Schuhfabriken mit 25 699 Beschäftigten gänzlich stillgelegt; wegen Betriebsbeschränkung 6228 weitere Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen! Mindestens 10 000 Familienväter der Ernährung beraubt, hinter denen wieder 10 000 Gefranen und 20 000—30 000 Kinder der Not, am Hungertuche nagen zu müssen, überliefert sind; über 60 000 Menschen allein in der Schuhindustrie, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind — das ist das Fazit, das die kapitalistische Wirtschaftsanarchie aus den letzten Monaten uns heute darbieten kann. Denn nicht anders als anarchisch muß dieser Zustand bezeichnet werden, daß Hunderttausende im Lande den dringenden Bedarf an Schuhen haben, aber nicht die Mittel zur Anschaffung; auf der anderen Seite aber Zehntausende von Schuhmachern auf Straßenpflaster gelegt werden, da wegen Ueberfüllung der Schuhlager die Weiterproduktion eingestellt wird.

Doch das Bild, das obige Zeilen bieten ist noch kein vollständiges. Nach unserer Feststellungen — die sich allgemein auf den Stand vom 1. Juli beziehen — haben außerdem die weiterarbeitenden Fabriken zu einschneidenden Betriebsbeschränkungen durch Herabsetzung der Arbeitszeit gezwungen. Die Ermittlungen ergaben 326 Fabriken mit 29 006 Beschäftigten, die zur Verkürzung der Arbeitszeit in der Mehrzahl der Fälle bis 24 Stunden in der Woche, geschritten sind. Man kann wohl annehmen, daß nur etwa der dritte Teil der Schuhindustrie, die insgesamt zirka 100 000 Arbeiter beschäftigt, voll im Gang geblieben ist. Mehr als die Hälfte der vorhandenen Betriebe und etwa ein Drittel der Arbeiterkraft überhaupt sind gänzlich ohne Arbeit, während das übrige Drittel der Arbeiterkraft nur notdürftig weiterbeschäftigt wird.

Genossen! Besucht zahlreich die Distriktsabende, da über die augenblickl. politische Lage referiert wird.

